

Dr. Volker Külöw, Vorsitzender DIE LINKE. Leipzig

Referat auf der 2. Tagung des 4. Stadtparteitages DIE LINKE. Leipzig, 22.11. 2014

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser heutiger Stadtparteitag findet im Monat November statt, 25 Jahre nach dem bewegten Herbst 1989 in der DDR, wahlweise Wende bzw. friedliche Revolution benannt oder – um Uwe Steimle zu zitieren – Kehre. Keine Angst, ich arbeite mich jetzt weder an dem pompösen Lichtfest vom 9. Oktober in Leipzig, der gigantischen Inszenierung des Jahrestages des Mauerfalls am 9. November in Berlin oder dem Gekrächze von Wolf Biermann im Bundestag ab. Ich plädiere statt der unerquicklichen, von uns selbst mit verursachten Unrechtsstaatsdebatte lieber für einen differenzierten, selbstkritischen Blick zurück auf das damalige Geschehen, insbesondere auf die seinerzeitigen Hoffnungen und Erwartungen der Akteurinnen und Akteure, zu denen auch wir zählten. Zu einer eher nüchternen Bilanz dessen, was aus dem demokratischen Aufbruch wurde, kommen die Herausgeber des dieser Tage im Leipziger Universitätsverlag erschienenen Buches „Redefreiheit. Öffentliche Debatten der Leipziger Bevölkerung im Oktober und November 1989“, das immerhin 750 Seiten umfasst. Im Nachwort konstatieren die drei Herausgeber mit Blick auf die Einlösung der Redefreiheit ein Phänomen, das sicher viele Menschen so empfinden und gewiss zur weit verbreiteten Politikverdrossenheit mit beiträgt: „In der DDR-Diktatur stießen kritische Meinungsäußerungen der Bürger an das stahlharte Tor der verriegelten Öffentlichkeit – und das bisweilen mit bösen

Folgen für den Einzelnen. Heute hingegen wirkt der Versuch, Öffentlichkeit zu gewinnen, oft wie das folgenlose Trommeln an die Wände einer Gummizelle.“

Im Übrigen ist es mit der Rede- und Medienfreiheit heute auch nicht immer soweit, wie man es uns gern glauben lassen möchte. Das gilt insbesondere für die Berichterstattung über die diversen internationalen Konflikte, insbesondere die Ereignisse in der Ukraine. Seit Jahren ist dieses Land im Visier imperialer geostrategischer Interessen, wobei die USA und die von der BRD angeführte EU um die Vorherrschaft kämpfen; nur geeint im gemeinsamen Ziel, Russland weiter zu schwächen. In einem knapp halbstündigen Referat auf einem Stadtparteitag kann man natürlich unmöglich diese transatlantische Rivalität ausloten; ich kann die massive NATO-Osterweiterung nur erwähnen und auch leider nicht sehr viel zur Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik sagen, die sich in einem Strategiepapier das Credo „Neue Macht – neue Verantwortung“ selbst verpasste. Im Klartext heißt das natürlich eine aggressivere, bei Bedarf auch stets militärisch operierende Weltpolitik. Bundespräsident Gauck spielt dazu bekanntlich sehr willig die entsprechende Begleitmusik. Herrlich ist in diesem Zusammenhang die Parodie des Kabarettisten Reiner Kröhnert im alternativen Videoportal Weltnetz.tv. Bei seinem Beitrag „Sterbehilfe für Linke? Wie viel Führer steckt in Gauck?“ bleibt dem Zuschauer allerdings auch manchmal das Lachen im Halse stecken.

Aus gegebenem Anlass möchte ich zumindest auf einen Aspekt der enormen Gefährlichkeit der neuen Weltlage aufmerksam machen, nicht zuletzt weil uns die Jahrestage des Ausbruchs des I. und 2. Weltkrieges in diesem Jahr dazu mahnen. Der Publizist Reiner Lauterbach hat unlängst das Buch „Bürgerkrieg in der Ukraine. Geschichte, Hintergründe, Beteiligte“ veröffentlicht und mit Blick auf die permanente EU- und NATO-Osterweiterung nach 1989 zum Eintreten Russlands für den Erhalt der Blockfreiheit der Ukraine festgestellt: „Diese Minimalforderung ist aus russländischer Sicht nur allzu nachvollziehbar, würde doch eine weitere Annäherung der Ukraine an die NATO oder auch – was derzeit wahrscheinlicher sein dürfte, weil keine europäischen Bündnispartner ein Vetorecht hätten – ein bilaterales Bündnis Kiews mit den USA bedeuten, dass die strategische Situation des Frühjahrs 1943 wiederhergestellt wäre, als die deutsche Wehrmacht zwar von der Wolga und vom Kaukasus zurückgedrängt war, aber noch die ganze Ukraine besetzt hielt. Angesichts der neuen militärtechnischen Möglichkeiten wäre diese Situation für Russland de facto noch deutlich bedrohlicher – die Entfernung von Charkiw nach Moskau beträgt Luftlinie etwa 650 Kilometer – für Flugzeuge 20 Minuten, für Raketen eine Sache von Minuten.“ Möglicherweise klingt diese Perspektive einigen hier im Saal etwas zu krass, aber bekanntlich hat das ukrainische Innenministerium vor einigen Tagen die Polizeitruppe der Hauptstadt - an deren Ausbildung deutsche Polizisten beteiligt sind - in die Hände eines Faschisten gelegt. Das hat es seit der Ausbildung ukrainischer Hilfspolizeibataillone durch deutsche Uniformierte

während des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gegeben. Eine solche Zusammenarbeit ist für uns nicht hinnehmbar und straft alle Behauptungen Lügen, es ginge der Bundesregierung um die Sicherstellung rechtsstaatlicher Zustände in der Ukraine. Es geht ihr offenkundig nur um die weitere Aufrüstung Kiews, wo die von Faschisten durchsetzte Regierung unter Präsident Poroschenko und Ministerpräsident Jazenjuk schon unverhohlen den „totalen Krieg“ gegen die Ostukraine beschwört.

Die Versuchung ist jetzt groß, zur explosiven internationalen Politik und ihren vielen Konflikten, zur aktuellen Situation in Europa, zur völlig verfehlten Flüchtlingspolitik und den schrecklichen Zuständen an den Außengrenzen, zur Wahl des ehemaligen Ministerpräsidenten der Steueroase Luxemburg Claude Juncker zum EU-Präsident, zu diesen wichtigen Fragen, vertiefte Ausführungen zu machen. Insbesondere das Thema TTIP bewegt derzeit die Gemüter; zu Recht, denn es geht um nichts Geringeres als um die gemeinsame ökonomische Weltherrschaft von EU und USA, um eine „Wirtschafts-NATO“, wie es gestern Christa Luft in ihrer nd-Kolumne treffend formuliert hat. Zur Bekämpfung von TTIP haben wir Euch heute zwei Publikationen ausgelegt, eine von unserer Fraktion im EU-Parlament und eine von der Bundestagsfraktion. Darüber hinaus gibt es bekanntlich einen Antrag des Stadtvorstandes, den wir heute Nachmittag diskutieren. Ich werde das Thema daher jetzt aussparen, zumal wir heute ja das

Privileg haben, dass unser EU-Abgeordnete Fabio de Masi gleich in der Diskussion dazu spricht.

Damit will ich auch schon zur Bundes- und sächsischen Landespolitik übergehen und dazu einige Bemerkungen machen. Auf der Bundesebene gibt es derzeit kaum positive Neuigkeiten. Ganz im Gegenteil: die Umweltministerin gibt grünes Licht für Fracking und das von Frau Nahles (SPD) vorgelegte Tarifeinheitsgesetz ist ein massiver Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte und eindeutig der Versuch, die GDL zu zerschlagen, die gerade mit ihrem fulminanten Streik zeigt, was eine kämpferische Gewerkschaft in diesem Land bewirken kann. Und wo die Regierung gegen die Lokführer mit miesen Tricks vorgeht, ist der Lumpenjournalismus nicht weit. Der Spiegel hetzte gegen die GDL als „Deutschlands dümmste Gewerkschaft“ und BILD halluzinierte etwas von der angeblich „verlorenen Ehre der GDL“; angesichts dieser beiden Zitate ist das Rennen um „Deutschlands dümmste Zeitung“ offen.

DIE LINKE hat sich völlig zu Recht seit Beginn des Streiks als GDL-Versteherin geoutet und ihre Solidarität mit den Streikenden bei der Deutschen Bahn AG erklärt. Die tariflichen Ziele der GDL, nämlich eine deutliche Erhöhung der Entgelte und eine Verkürzung der Arbeitszeit, sind wichtige Forderungen, die auch für andere Branchen eine herausragende Bedeutung haben. Sinkende Realeinkommen und Schuften bis zum Umfallen gehören zum

Arbeitsalltag für immer mehr Beschäftigte. DIE LINKE fordert deshalb weiterhin: Hände weg vom Streikrecht und Solidarität mit den Streikenden der GDL!

Deutlich weniger öffentliche Aufmerksamkeit als der Eisenbahnerstreik hatte in den letzten Wochen die Vorlage des Bundeshaushaltes 2015 mit der selbstverliebten schwarzen Null. Dieser Haushalt ist aber in Wirklichkeit einer der sozialen Spaltung, er ist zukunftsfeindlich und bildungsungerecht, für Ostdeutschland ist er erneut eine herbe Enttäuschung. Unsere Bundestagsfraktion hatte während der Haushaltsberatungen daher insgesamt 212 Alternativanträge gestellt und u.a. vorgeschlagen, mit einer gerechten Steuerpolitik die Einnahmen für den Bund um ca. 45 Milliarden Euro zu erhöhen. Im Sozial- und Bildungsetat sollen ebenso wie für Investitionen mehr Mittel eingestellt werden. Wie notwendig das ist, zeigt insbesondere die verheerende Bilanz von Hartz IV, das vor knapp 10 Jahren, am 1. Januar 2015, in Kraft trat. In dieser Woche erschien das Buch „Hartz IV und die Folgen“ des renommierten Kölner Politikwissenschaftlers Christoph Butterwege, das im Untertitel die Frage stellt „Auf dem Weg in eine andere Republik?“ Der Autor bejaht diese Frage auf der Basis einer umfassenden Statistik explizit und stellt am Ende seines Werkes fest, dass unter dem anhaltenden Trend zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen die ganze Gesellschaft leidet. Atypische Beschäftigung und Prekarität wurden zum Normalfall, Kinder,

Jugend- und Altersarmut haben seit 2005 gravierend zugenommen. Mit Hartz IV ging darüber hinaus ein gravierender Funktionswandel der Armut einher. Die jahrhunderte alte Furcht aller Besitzenden vor den „gefährlichen Klassen“ ist umgeschlagen in die bloße Verachtung und mediale Verleumdung. Wenn keine Rebellion oder gar Revolution der „unteren Stände“ mehr droht, steht fast nur noch zur Debatte, wie man die „neue Unterschicht“ (re)aktivieren und ihre „Beschäftigungsfähigkeit“ sicherstellen kann.

Es ist genau diese Entwicklung, die den Bundesvorstand der LINKEN veranlasst hat, Ende des 1. Quartals 2015 eine bundesweite Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben zu starten, deren zeitliche Reichweite bis zur Bundestagswahl 2017 reichen soll. Ausgangspunkt für die Kampagne ist die dramatische Tatsache, dass inzwischen ca. ein Viertel der Beschäftigten und ca. ein Drittel der Bevölkerung von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt und in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse abgedrängt werden. Fast vier Millionen Menschen sind zudem weiter erwerbslos. Ein wachsender Anteil ist dem Hartz IV-Regime unterworfen. Sie sehen sich Sanktionen ausgesetzt, wenn sie sich weigern, unsichere oder schlecht bezahlte Arbeit aufzunehmen, werden in 1-Euro-Jobs gedrängt oder bleiben auf Dauer von Erwerbsarbeit ausgeschlossen und dienen als Drohpotential für die, die in Lohn und Brot stehen. Diese wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung produziert bekanntlich eine wachsende Distanz zur demokratischen Willensbildung und führt zu einem

sich verfestigenden Nichtwähleranteil gerade bei Menschen in prekären sozialen Verhältnissen. Die durch neoliberale Politik vorangetriebene Kürzung, Privatisierung und Ökonomisierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge trägt wesentlich zu prekären Lebensverhältnissen bei und verschärft die Auswirkungen prekärer Arbeit auf Alltag und Gesundheit. Die Kampagne soll daher die vom Parteivorstand beschlossenen Themenstränge der Umverteilung, des Ausbaus der Öffentlichen Daseinsvorsorge mit dem Kampf gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse verbinden. Die Kampagne beinhaltet folgende fünf Forderungen:

1. Befristung und Leiharbeit stoppen
2. Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV.
3. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst
4. Wohnung und Energie bezahlbar machen
5. mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit

Mit der Kampagne will die Partei eine Brücke schlagen zu den prekär Beschäftigten und Erwerbslosen einerseits sowie zur so genannten ArbeitnehmerInnen-Mitte andererseits. Die Kampagne ist außerdem so angelegt, dass für die Landes- und Kreisverbände die Möglichkeit besteht, neben den bundesweiten Forderungen zusätzliche in begrenztem Umfang regionale Forderungen im Themenfeld aufzustellen. Unser Stadtverband sollte diese Chance nutzen und sich an der Kampagne im bestimmten Umfang eigenständig

beteiligen, zumal Leipzig leider weiterhin sächsische Armutshauptstadt ist und wir vor Ort genug Gelegenheit haben - ich nenne nur Amazon - außerparlamentarisch weiter aktiv zu sein, um sich gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen zu engagieren. Mit ihrer langen Nacht der Prekarität versucht heute Abend die linksjugend Leipzig einen ersten Schritt in diese Richtung zu gehen.

Für das nächste Jahr hat sich die Partei aber nicht nur die Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben, sondern für den 23.-26. April 2015 in Berlin auch einen Zukunftskongress vorgenommen, zu dessen Vorbereitung alle Parteimitglieder von den beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger herzlich zur Mitwirkung eingeladen sind. Die Frage nach der Zukunft betrifft auch die Zukunft linker Politik, heißt es in einer entsprechenden Informationsvorlage über den Kongress. „Die Zukunft beginnt heute“, heißt es dann weiter: „Sie muss den gegenwärtigen Kräften abgerungen werden; Zukunftsfragen können nicht losgelöst von ökonomischen und Machtfragen diskutiert werden“. Bislang sind die folgenden fünf Themen-Achsen geplant, die ich jetzt nur verkürzt nennen kann 1. Die Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit; 2. Gleichheit als Chance: Umverteilung von privat zu öffentlich; 3. Zukunft der Daseinsvorsorge; 4. Produktion der Zukunft und 5. Aneignung der Demokratie/Partei der Zukunft. Auch hier sollten wir gemeinsam überlegen,

welche Formen der Mitwirkung durch einzelne Mitglieder oder den Stadtverband als Ganzes möglich sind.

Von der Bundesebene nun zur Landespolitik, die nach den Landtagswahlen vom 31. August noch nicht wirklich in Tritt gekommen ist. Immerhin hat es zu einer schwarz-roten Regierungsbildung gereicht, die demonstrative Geschlossenheit und gute Laune nach außen verbreitet, wenn ich an das gemeinsame Interview von Tillich und Dulig in der LVZ vom Donnerstag denke. Der ausgehandelte Koalitionsvertrag in einem Umfang von 110 Seiten enthält allerdings viele schwammige Willensbekundungen und kleine Reparaturen an der verfehlten Politik der Vorgängerregierung. Somit kommen derzeit aus linker Perspektive keine allzu großen Erwartungen und Hoffnungen an die Landespolitik in den nächsten Jahren auf. Für unsere Fraktion ist die strategische Lage allerdings nicht ungefährlich, wenn sich einerseits die Koalition ohne große Skandale und Stockfehler bewegen sollte und vor allem die SPD gegebenenfalls mit der Umsetzung einiger ihrer Wahlziele punkten kann. Andererseits gibt es jetzt im Landtag statt der rechtsextremistischen NPD eine rechtspopulistische AfD-Fraktion, die man weder personell noch inhaltlich unterschätzen darf. Bislang stehen wir hier noch am Anfang der Auseinandersetzung, die uns aber wesentlich mehr Substanz abverlangen wird als der Kampf gegen die NPD. Es war kein Zufall, dass wir in unsere Wahlauswertungsbrochüre zur Landtagswahl unter der Überschrift „Zweireiher statt Springerstiefel“ eine

ausführliche Analyse von Kerstin Köditz und Volkmar Wölk zur AfD aufgenommen haben. Diese Analyse muss vertieft und weitergeführt werden, insbesondere was die gesellschaftlichen Ursachen für den Aufstieg der AfD betrifft. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die am Donnerstag von der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgelegte Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“. Nach dieser Untersuchung gehen zwar offen rechtsextremistische Einstellungen in der BRD zurück, dafür greifen subtilere Formen menschenfeindlichen Denkens um sich. Diese Einstellungen suchen nun Nischen im öffentlichen Diskurs, etwa durch den Siegeszug der AfD. Der Ko-Autor der Studie Andreas Hövermann konstatiert das Umsichgreifen eines „marktförmigen Extremismus“, der Selbstoptimierung, Wettbewerbsideologie und ökonomische Werthaltungen propagiere. „Chauvinismus und Sozialdarwinismus sind Elemente des marktkonformen Extremismus“ so Hövermann weiter. Wer von Euch am Donnerstagabend den im Rahmen der ARD-Themenwoche Toleranz ausgestrahlten mdr-Dokumentarfilm „Willkommen in Hoyerswerda?“ gesehen hat, der den Umgang mit Flüchtlingen 23 Jahre nach den ausländerfeindlichen Überfällen thematisiert, bekam anschaulichen Unterricht für diese von der Studie skizzierte Entwicklung.

Gestattet mir noch ein Wort zu unserer Wahlauswertungsbrochüre, die unter Federführung von Adam Bednarsky - dem ich an dieser Stelle sehr herzlich für

sein entsprechendes Engagement danke - kollektiv erarbeitet wurde. Es ist meine große Bitte an Euch, dass dieses Material von ganz vielen Mitgliedern des Stadtverbandes und möglichst allen Basisstrukturen 1. aus Gründen der Refinanzierung der Druckkosten gekauft und daran im Anschluss 2. auch gründlich gelesen sowie daran mitgewirkt wird, dass wir aus diesem umfangreichen Datenmaterial die richtigen Schlussfolgerungen für unsere zukünftige Arbeit ziehen. Wir betreten ja mit dieser Form der Wahlanalyse methodisches Neuland, insbesondere wenn ich die Milieuanalyse auf Basis der sogenannten Sinus-Studie ab Seite 54ff. näher betrachte. Natürlich ist das wirkliche Leben in Leipzig komplexer als unsere Kategorisierungen, aber wichtige Tendenzen erfassen wir allemal. Bei einer Stadt, die so dynamisch wächst und sich dabei soziodemografisch wandelt, ist das schon ein wichtiger erster Schritt. Für ein künftig noch passgenauerer Erreichen diverser Wählerklientel und ggf. das Ausrichten auf neue Milieus und Wählerschichten haben wir jetzt ein solides Fundament.

Die Broschüre hält übrigens nicht nur für Leipzig, sondern auch für Sachsen aufschlussreiche Ergebnisse bereit. Es wird deutlich, dass DIE LINKE Leipzig im Landesvergleich sehr gut abschneidet, nicht nur wegen des einen gewonnenen Direktmandats und der drei fast gewonnenen Direktmandate. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit nochmals allen gewählten Abgeordneten zur Wahl gratulieren und an dieser Stelle zugleich allen Kandidierenden sowie allen

Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern herzlich für ihren Einsatz danken; meine Gratulation, mein Dank und meine Anerkennung schließt selbstverständlich die am 25. Mai bei der Kommunalwahl in den Stadtrat und die Ortschaftsräte Gewählten mit ein. Mein spezieller Dank gilt auch nochmals den im Projekt 10 mal 10 engagierten Parteimitgliedern sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten; dieses Potenzial dürfen wir nicht aus den Augen verlieren und müssen es weiter hegen und pflegen; das ist aber nicht nur Aufgabe des Stadtvorstandes, sondern auch aller Stadtbezirksvorstände.

Zurück zur Landtagswahl: Abgesehen von Dresden - das sich nach der Woba-Krise wieder stabilisieren konnte - erreichte Leipzig als einziger Stadt- bzw. Kreisverband nahezu das Ergebnis von 2009, obwohl es im Landesmaßstab deutliche Verluste für die sächsische LINKE gab und wir zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder unter die 20-Prozentmarke rutschten. Über die Gründe für diese Wahlniederlage - und eine solche war es nach meiner festen Überzeugung - wurde und wird im Landesverband bekanntlich nicht nur auf den drei Regionalkonferenzen heftig gestritten. Kritiker des Kurses der Landesspitze monieren vor allem die fehlende Realitätsnähe der Wahlkampfstrategie, insbesondere das Festhalten an der Illusion für ein rot-rot-grünes Bündnis bis zum Schluss. Ich teile bekanntlich diese Kritik, weiß aber auch, dass die Ursachen für das unbefriedigende Wahlergebnis in Sachsen noch etwas komplexer sind. Sehr hilfreich ist in dieser Hinsicht ein Strategiepapier von

Horst Kahrs, das unter der Überschrift „'Degrowth' bei der Linken“ ausgewählte empirische Antworten auf die Frage „Wo steht die Linke?“ gibt. Ich halte diese Analyse derzeit für die klügste und fundierteste Auswertung der diesjährigen Landtagswahlergebnisse in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, weil sie diese Zahlen mit den langjährigen Trends seit 2002, den Umbrüchen in der bundesdeutschen Parteienlandschaft seit 2009 und nicht zuletzt mit unseren zum Teil gravierenden strukturellen Defiziten in Beziehung setzt. Aus Zeitgründen kann nur auf eines dieser strukturellen Defizite näher eingehen. Kahrs beschreibt u.a. die gefährliche Tendenz zur „Vergreisung der Wählerschaft“, die vor allem mit der relativen Schwäche bei den Berufstätigen einher geht. „Die Linke droht“, so Kahrs, „den Anschluss an die Arbeitswelt, an die dort stattfindenden Umwälzungen der Produktivkräfte (Stichworte Digitalisierung und Industrie 4.0), an den Alltag und das Alltagsbewußtsein ‚normaler‘ Berufstätiger, zu verpassen. Zur Lebenswelt zählt vor allem auch die Einbettung des Berufslebens in familiäre und nachbarschaftliche Zusammenhänge, der finanzielle und moralische Druck, der auf Familien übertragen wird – Kinderbetreuung, Bildung, entsprechende Ausgaben, Erwartungen an die Lebensführung usw.“ Diese Passage geht noch ein ganzes Stück weiter; viele andere Teile des Textes sind genauso wichtig und aussagekräftig. Ich empfehle uns daher allen nicht nur mit Blick auf die die künftigen Wahlkämpfe eine gründliche Lektüre des Kahrs-Papiers.

Damit komme ich nun zu den weiteren Aufgaben, die in nächster Zeit vor dem Stadtverband stehen. Neben der weiteren Auswertung aller Wahlen geht es nun darum, vor allem auf der kommunalen Ebene endlich Politik im Sinne unserer beschlossenen Programmatik zu machen. Nach der Nachwahl vom 12. Oktober im Wahlkreis 9, die wegen eines vorbestraften Nazis aus Sicht der Landesdirektion notwendig war und unserer zunächst gewählten Kandidatin Odette Gleiniger das Mandat kostete, kann es nun endlich losgehen. Die Voraussetzungen für linke Kommunalpolitik sind nach dem Urteil des High Court of Justice in London im Rechtsstreit der KWL gegen die UBS, die Depfa Bank und die Landesbank Baden-Württemberg zum Glück erhalten geblieben. Alle Zahlungsansprüche gegen die KWL wurden umfassend begründet abgewiesen. Die Stadt kann sich nun wieder voll und ganz ihren originären Aufgaben im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger widmen. Der Londoner Prozess hat im übrigen gezeigt, darauf hat Sören in seiner Pressemitteilung vom 4. November zu Recht hingewiesen, mit welcher krimineller Energie im Finanz- und Bankensektor in den vergangenen Jahren agiert wurde. Richter Males kam zu der Einschätzung, der Fall sei geradezu eine „Paradebeispiel“ dafür, „wie ehrliches und faires Investmentbanking nicht betrieben werden sollte“. Mit krimineller Energie hatte die Schweizer Großbank versucht, sich die öffentliche Daseinsvorsorge zur Beute zu machen. Indem dies nicht gelungen ist, hat Leipzig auch ein Stück Geschichte in der Auseinandersetzung bundesdeutscher

Kommunen mit den schier grenzenlosen Begehrlichkeiten des globalen Finanzsektors mitgeschrieben.

Am 18. Dezember - es ist in der heutigen LVZ zu lesen - wird sich nunmehr der Leipziger Stadtrat konstituieren. Bereits nächsten Mittwoch findet die konstituierende Sitzung unserer Fraktion statt. Ich wünsche unseren 10 Stadträtinnen und acht Stadträten für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit in der nun beginnenden Wahlperiode viel Glück. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit wird natürlich die Umsetzung unseres Wahlprogramms stehen. Wir verstehen uns dabei wie bisher als linke alternative Gestaltungspartei, die die sachbezogene Zusammenarbeit mit allen im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien anstrebt, wobei die inhaltlichen Schnittmengen mit SPD und den Grünen gewiss am größten sind.

Für unsere Fraktion wird die Auseinandersetzung mit der AfD eine wichtige Herausforderung in der neuen Wahlperiode bilden. Zur Unterstützung dafür gibt es ein mit Hilfe der Bundesebene erarbeitetes Orientierungspapier, das am letzten Wochenende auf einer gemeinsamen Klausur von Landsvorstand und Kreisvorsitzenden in Dresden ausführlich diskutiert und dann verabschiedet wurde. Die AfD ist bekanntlich eine nationalistische, wohlstandschauvinistische und ausländerfeindliche Partei, die inzwischen auch über Ländergrenzen hinweg mit anderen rechtspopulistischen Partnern vernetzt ist. Nicht zuletzt deswegen ist es auch für die LINKE weiterhin wichtig, unsere internationalistischen und

solidarischen Aktivitäten mit ausländischen Partnerorganisationen zu stabilisieren und nach Möglichkeit noch zu verstärken. Die Voraussetzungen dafür sind in unserem Stadtverband günstig. Zur Erinnerung: Der Stadtverband Leipzig hat im Namen des Stadtverbandes bereits am 13. Dezember 2011 einstimmig den Beschluss zum Beitritt in das Ständige Forum der Europäischen Linken – der Regionen gefasst und als Koordinatorin Christine Halle gebeten, an den Sitzungen teilzunehmen. Der Rahmenvertrag und die Geschäftsordnung des Netzwerkes wurden damals durch Unterschrift anerkannt. Am vergangenen Wochenende fand wieder ein Treffen des Koordinierungsrates dieses Forums in Brandenburg statt. An dieser Sitzung nahmen Christine und ihr Mann Andreas Halle erneut teil. In den letzten Monaten hatte es sich notwendig gemacht, den Rahmenvertrag neu zu überarbeiten und bei dem Treffen am vergangenen Wochenende diesen gemeinsam erneut zu unterzeichnen. Unter anderem ging es um die gemeinsame Teilnahme an der Liebknecht-Luxemburg-Demo im Januar 2015 in Berlin und die Würdigung des 70. Jahrestages der Befreiung im kommenden Jahr. Es wurde deutlich, dass gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen auf europäischer Ebene immer wichtiger werden. Sicher wird Fabio zu diesem Aspekt in seinem anschließenden Diskussionsbeitrag auch dazu noch etwas dazu sagen. Ich möchte jedenfalls die Gelegenheit nutzen, Christine und Andreas für ihre internationalistische Arbeit – die leider oftmals etwas unbemerkt von der parteiinternen Öffentlichkeit stattfindet – ganz herzlich zu danken und ihnen weiterhin viel Erfolg für diese wichtige Tätigkeit wünschen.

Natürlich könnte und müsste ich jetzt viele weitere Akteurinnen und Akteure des Stadtverbandes nennen, die in den letzten Jahren auf ihrem jeweiligen Themengebiet engagierte Arbeit geleistet haben. Das ist aus Zeitgründen leider nicht möglich. Zumindest auf den Erfüllungsstand der Beschlüsse vom letzten bzw. vorletzten Parteitag möchte ich jetzt im Referat noch kurz eingehen.

Bereits vor einem Jahr fassten wir bekanntlich den Beschluss, an die künftigen Leipziger Abgeordneten im Sächsischen Landtag die Bitte zu richten, dass unsere Schatzmeisterin in einem noch näher zu bestimmenden Teilzeitarbeitsverhältnis bis zum Ende der Wahlperiode bei den betreffenden Abgeordneten beschäftigt wird. Dieser Beschluss wurde umgesetzt und Elke hat bis zum Herbst 2019 eine gesicherte Perspektive. Dafür danke ich ausdrücklich allen vier beteiligten Abgeordneten. Ein spezielles Dankeschön möchte ich noch an Conny Falken richten, die im Interesse unserer weiteren Präsenz in unserer Hochburg Grünau zu einem großen Opfer bereit war und ihr geliebtes Gohlis verließ, um gemeinsam mit Sören das Büro von Dietmar zu halten, auf das jeweils CDU und AfD schon ein Auge geworfen hatten. Bei der Neuverteilung der Wahlkreisbüros zählt aber nicht nur der Leipziger Norden, sondern auch das Liebknecht-Haus zu den Verlierern. Hier war nach dem Auszug von Bärbels und nun auch meinem Büro guter Rat teuer, zumal auch die parteieigene Immobilienfirma VULKAN mit Sitz in Berlin keinen Retter zur Hand hatte.

Nach mehreren Sondierungen erklärte sich unser neu gewählter Stadtrat Alexej Dankwardt bereit, mit seiner Rechtsanwaltskanzlei aus der Kochstraße aus- und

Anfang nächsten Jahres ins Liebknecht-Haus einzuziehen und dann sogar eine ganze Etage zu nutzen. Ich hoffe, Alexej wird mit der VULKAN GmbH handelseinig. Sein Einzug in unser Haus wäre für die Leipziger LINKE eine ganz wichtige finanzielle Entlastung und daher danke ich Alexej auch im Namen des ganzen Stadtverbandes schon vorab für diesen gewiss nicht ganz leichten Schritt. Und nach dieser guten Nachricht will ich gleich eine weitere anschließen: zumindest für das nächste Jahr ist auch die Perspektive der Zeitung LEIPZIGS NEUE gesichert, die ich in den letzten zehn Jahren in einem erheblichen Maße mit gefördert hatte. Auf zwei weitere Parteitagbeschlüsse vom März 2014 will ich ebenfalls noch kurz eingehen. Bei der für dieses Jahr geplanten eigenen Webseite für die Schreibmaschine von Karl Liebknecht haben wir leider noch nicht die notwendigen Geldmittel zusammenbekommen. Ein erster Entwurf für die Seite liegt aber immerhin vor und vielleicht finden sich ja noch einige Tastensponsoren. So eine Taste eignet sich auch als prima Weihnachtsgeschenk.

Noch zu einem weiteren Beschluss vom letzten Stadtparteitag möchte ich zumindest zwei Sätze sagen, wenngleich unsere kulturpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion Skadi Jennicke in der Diskussion noch explizit zu diesem Thema sprechen wird. Es geht um unser Bürgerbegehren zum Freiheits- und Einheitsdenkmal. Bevor wir eigentlich richtig in Schwung kamen für das Sammeln der Unterschriften, wurde uns der Gegenstand gewissermaßen

„weggenommen“, denn am 16. Juli 2014 beschloss die Ratsversammlung bekanntlich das Ende des unwürdigen Wettbewerbsverfahren. Ich wage an dieser Stelle die Behauptung, dass unsere Kampagne zu diesem politischen Umdenken bei den anderen Parteien mit beigetragen hat. Vielleicht weniger die Anzahl der Unterschriften als die stringente Argumentation der Begründung, bei der wir ja den grassierenden Unmut der Leipziger Bevölkerung zum Denkmal aufgenommen hatten.

Mit dem Verweis auf diesen politischen Erfolg möchte ich zum Ende des Referates kommen. Nach knapp zwei Jahren eines anstrengenden Wahlkampfmarathons liegen vor uns jetzt sicher nicht mehr ganz so hektische Zeiten, aber die nächsten Herausforderungen werden gewiss nicht einfacher. Um diese erfolgreich zu bewältigen, müssen wir sicher auch weiter Neuland betreten. Derzeit planen wir z.B. die Gründung einer AG Öffentlichkeitsarbeit, um die Transparenz und die Mitwirkungsmöglichkeiten im Stadtverband weiter zu verbessern. Das entsprechende Auftakttreffen findet am 3. Dezember im Liebknecht-Haus statt. Hierbei wünsche ich besonders dem frisch gewählten Pressesprecher des Stadtvorstandes Kay Kamieth ein glückliches Händchen und bitte Euch, ihn in seiner neuen Funktion wirksam zu unterstützen. Ich verbinde diese Bitte mit einem herzlichen Dank an Pia Witte, die dieses gewiss nicht leichte Amt über zwei Jahre mit viel Herzblut ausübte und nun aus gesundheitlichen Gründen zurück trat. Pia redigierte engagiert und kreativ das

Mitteilungsblatt und war gewissermaßen Erfinderin der Freitagspost. Sie hinterlässt ihrem Nachfolger - wenn man das so sagen darf - große Fußstapfen. An dieser Stelle möchte ich auch herzlich Simon Zeise für seine Mitwirkung im Stadtvorstand danken; auf Grund einer neuen beruflichen Situation, für die wir ihm viel Glück wünschen, musste er seine Funktion leider überraschend aufgeben. Deshalb ist heute auch die Nachwahl für den Stadtvorstand notwendig. Bevor dieser Tagesordnungspunkt aber aufgerufen wird, wünsche ich uns jetzt zunächst eine spannende und lebhafte Diskussion, mit möglichst vielen guten Ideen und Anregungen für die weitere Arbeit.